



Detailansicht des Regelungsvorhabens

BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten, Antisemitismus bekämpfen

Aktuell seit 01.07.2025 12:45:33

Angegeben von:

Tikvah Institut gUG (R000438) am 30.06.2024

Beschreibung:

Ausgehend vom Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum BDS-Beschluss des Münchner Stadtrates (BVerwG, Urteil v. 20. Januar 2022 – 8 C 35.20 – Leitsatz) werden im Policy Paper verschiedene Änderungsbedarfe in Rechtsbereichen (Bund, Land, Kommune) diskutiert, wie die Übernahme der IHRA-Arbeitsdefinition zu Antisemitismus bei Ländern und Kommunen, Veränderung von Klauseln in Mietverträgen, neue Formulierungen bei Zuwendungsbestimmungen (BHO) und Auflagen bei Zuwendungen und Raumvergaben, Änderungen im Strafrecht (§ 130 - Volksverhetzung, § 104 - Verletzung von Flaggen und Hoheitszeichen ausländischer Staaten), Rechtstatsächliche Untersuchung zur Praxis des § 7 AWV, Erweiterung des AGG und Erweiterung des § 21 Abs. 2 Luftverkehrsgesetz um das Merkmal der Staatsangehörigkeit.

Betroffene Interessenbereiche (8)

Außenpolitik [alle RV hierzu]

Extremismusbekämpfung [alle RV hierzu]

Internationale Beziehungen [alle RV hierzu]

Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]

Öffentliches Recht [alle RV hierzu]

Rechtspolitik [alle RV hierzu]

Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit" [alle RV hierzu]

Antisemitismusforschung und -prävention, Außenpolitik: MENA, Israel, Schutz jüdischen Lebens

Betroffene Bundesgesetze (6)

StGB [alle RV hierzu]

AGG [alle RV hierzu]

BHO [alle RV hierzu]

LuftVG [alle RV hierzu]

AWG 2013 [alle RV hierzu]

AWV 2013 [alle RV hierzu]